

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1.20 M. im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifen sind Bezugs für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12.50 M. jährlich. Datumsausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19/111. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595 und 2896.

Interale lesen die adreßf. Kompartimente oder deren Raum 2.20 M. zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familien- und Organisationszuzüge die adreßf. Kompartimente 2.20 M. netto. Keine Anzeiger! Das sechsdruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M., zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellenangebote, Familien- u. Organisations-Wort-Anzeigen kosten das sechsdruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595-96, 9769

STREIFITZ

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hinter den Kulissen des Kapp-Putschs.

In der letzten Nummer des „Grenzboten“, einer konservativen Zeitschrift, veröffentlicht Professor Fritz Kern seine Erinnerungen aus den Tagen des Kapp-Putschs, die einen interessanten Einblick in die Vorbereitung des Putschs, seinen Zusammenbruch und das klägliche Verhalten der Ebert-Regierung gewähren.

Nach Kern wurde der Putsch vor allem von Hauptmann Pabst, dem Vorsitzenden der „Nationalen Vereinigung“, propagiert. Schon im Juli 1919 wollte er mit einer kleinen Gruppe, zu der neben anderen verabschiedeten Offizieren auch der Oberst Bauer gehörte, die nationale Empörung über den Friedensvertrag zu einer bewaffneten Erhebung mit dem Ziel einer Militärdiktatur benutzen. Man beabsichtigte auch die Linksparteien zur Regierungsbildung mitheranzuziehen. Aber den energischen Vorstellungen Noskes, der zum Diktator ausersehen war, gelang es, den Ausbruch der Erhebung zu verhindern.

Von dieser Zeit an verjuchte der aus der Reichswehr wegen einer gegen Noske gerichteten Schrift entlassene Pabst mit den einzelnen Truppenverbänden Beziehungen anzuknüpfen. Aber der für August 1919 geplante Putsch wurde wegen Abtraten der Offiziere des Lüttwitsches aufgeschoben. Von da an arbeiteten die Verschwörer, die auch von ernsthaften Politikern der Rechten wiederholt genannt sein sollen, an der weiteren Organisation des projektierten Putschs. Als einzigen Politiker fanden sie den Generallandschaftsdirektor Kapp, in dem sie den starken Mann gefunden zu haben glaubten. Obwohl nun eine bei der zu erwartenden Stimmenzunahme der Rechten bei der Reichstagswahl eintretende Beruhigung und damit Ausschließlichkeit der Putschpläne zu erwarten stand, kamen den Verbrechern einige äußere Umstände zu Hilfe: Infolge der zu erwartenden Verkleinerung des Heeres war bei vielen Militärs Verunsicherung über ihre Zukunft entstanden. Hierzu kam ein Konflikt zwischen Noske und General Lüttwitz. Die in Döberitz stationierte Marinebrigade Ehrhardt, nach Kern die Elitebrigade der deutschen Wehrmacht, sollte entsprechend dem Verlangen der Entente, gemäß einem Befehl Noskes vom 28. Februar am 10. März aufgelöst werden. Da jagte Lüttwitz am 1. März den Erregten bei einer Parade in Döberitz zu, daß die Brigade nicht aufgelöst würde.

Professor Kern glaubt nun, daß in den äußerlich ruhigen Tagen zwischen dem 1. und 10. März der Plan zu dem Gewaltstreich bei Kapp und Pabst reifte, da sie glaubten, nach der Auflösung der einzigen zuverlässigen Truppe keine Ausfälle mehr zu haben. Auch General Lüttwitz, der auf Veranlassung seiner beurlaubten Offiziere am 4. März mit den Vorführern der beiden reaktionären Parteien Rücksprache nahm, glaubte die Zeit gekommen, wo die Truppe selbst die Initiative ergreifen müsse, und hatte deshalb am 4. März durch den Staatskommissar v. Berger, unter Umgehung Noskes eine Audienz bei Ebert erbeten, die ihm für den 10. bewilligt wurde. Inzwischen war der Antrag der beiden Rechtsparteien, denen, nach Kern, der General Lüttwitz am 9. nach der Sitzung erklärte, daß ein Vorstoß gegen die Regierung unter den jetzigen Umständen nicht in Betracht käme, abgelehnt worden. Am gleichen Tage bat General v. Odershausen den Admiral Trotha, auf den Führer der Marinebrigade Ehrhardt einzuwirken, weil der beunruhigende Eindruck bestehe, als ob die Brigade etwas Geheimnes plane. Obwohl Ehrhardt bei der darauffolgenden Unterredung nichts von seinen Plänen merken ließ, kamen die Generale Reinhardt und Seckt am 11. zu der Überzeugung, daß das Befehlsband zwischen Lüttwitz und der Marinebrigade zerhackt werden müsse. Noske befolgte deshalb ihren Ratsschlag, die Brigade zwecks Auflösung dem widerstrebenden Admiral Trotha zu unterstellen. Als Lüttwitz darauf bei Ebert erlitten, war er über die Wegnahme der Marinebrigade ohne sein Wissen kläglich verärgert. Als er im Verlauf der Unterredung, die mit seiner Entlassung endete, auch den politischen Untergrund der soldatischen Forderungen (Hochministerien, Neuwahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk) erklärte, wurde Noske endlich der Gefahr bewußt. Am folgenden Tag meldete General Odershausen Noske, daß sich Pabst bei Ehrhardt in Döberitz befindet und daß ein Gewaltstreich bei der Geistesverfassung Pabsts durchaus möglich sei. Noske brachte den ihm nun fargeordneten Putschplan an die Öffentlichkeit.

Der am Nachmittag zur Beruhigung der Truppe nach Döberitz geschickte Admiral Trotha brachte die lakonische Meldung zurück, daß die Truppe noch völlig friedlich sei; in der Stimmung Ehrhardts könne man aber alles erwarten.

Das Paradies der Verschwörer.

Gewitterstimmung in Pommern.

Pommern ist für die Kappverschwörer ein geeignetes Land geworden. Ohne von der Regierung ernsthaft belästigt zu werden, treiben die Leute dort oben ihr Unwesen fort und treffen alle Vorbereitungen zu einem neuen Putsch. Der Landbund, jene agrarische Organisation, die lediglich zu dem Zweck gegründet wurde, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und sie im gegebenen Augenblick zu stürzen, hat seine Machtposition nach allen Seiten befestigt. Er arbeitet mit den militärischen Verschwörern eng zusammen, gewährt ihnen auf den Gütern Unterkunft und läßt sie dort von einer bewaffneten Leibgarde, den Baltikumern, gegen etwaige Anarisse beschützen. Die pommerschen Karrieren haben monatelang Waffen und Munition auf ihren Gütern angehäuft. Einen Teil der Waffen erhielten sie auf legalem Wege durch die tätige Unterstützung des früheren preussischen Ministers Wolfgang Heine, dem es für den Bestand der Republik wichtiger erschien, die Monarchisten zu bewaffnen, statt die Arbeiter. Die Waffen sind auf den Gütern so sicher versteckt, daß sie kein Mensch findet. Bei geeigneter Zeit werden sie aber ans Licht kommen und dann wird die Regierung wieder sehen, wohin sie ihre Schwäche und Galtigkeit geführt hat.

Aber nicht nur die illegale Vorbereitung der Gegenrevolution wird in Pommern mit allen Mitteln gefördert, sondern darüber hinaus arbeitet auch die Reichswehr ganz offen auf einen neuen Umsturz hin. Von den Verbrechern, die an dem Kapp-Putsch beteiligt waren, ist nicht einer verhaftet worden. Generalmajor Weber, der erst in Schwerein dafür sorgte, daß die in Schuchthof befindlichen Verschwörer der Samburger Garnison auf freien Fuß gesetzt wurden, ist zum Dank für diese hervortragenden Verdienste als Kommandeur des Reichswehrkommandos II nach Stettin versetzt worden. Er hat sich dafür eingesetzt, daß der Major von Hammerstein, der die Großwälderzeitfreiwilligen organisierte, um dem Kapp-Putsch in Pommern eine militärische Sicherung zu verschaffen zum Chef seines Stabes berufen und zum Oberstleutnant befördert wurde. Der bisherige Chef des Stabes aber, der Major von Frankenhausen, der sich ebenfalls für die Kappregierung große Verdienste erworben hatte, wurde zu Belohnung ins Reichswehrministerium versetzt.

So wird mit den höhergestellten Verschwörern verfahren. Statt sie sofort in Haft zu setzen und sie einer schnellen Bestrafung entgegenzuführen, werden sie befördert und belohnt. Mit den Putschisten kleineren Ranges, den Leutnants und zeitfreiwilligen Studenten, geht man nicht minder kartvoll um. Die Zeitfreiwilligen sind zwar entlassen worden, sie haben aber ihre Waffen mit nach Hause genommen und können sie also, sobald der Ruf ergeht, von neuem gegen die Regierung führen. Der Major Vankle, der während der Kapptage in Belgard den verfassungstreuen Landrat aus der Dube geworfen hatte, geht in Kolberg an schönen Strand der Döberitz spazieren, ohne daß er zu befürchten braucht, ihm werde ein Haar gekrümmt. Bei der Reichswehr in Stettin versetzt der Hauptmann Hofmann, der sich am 13. März ganz offiziell den Hochverrätern zur Verfügung gestellt hatte, nach wie vor seinen Dienst weiter. Zwei Leutnants, die in der Kappwoche den Gutsbesitzer Becker-Varienhagen mißhandelten und festnahmen, sind bisher noch nicht zur Verantwortung gezogen worden. Sie zieren die Reichswehr weiter und sorgen im Verein mit den höheren Offizieren dafür, daß sie ein zuverlässiges Instrument — gegen die Republik wird!

Die Baltikamer sind in Pommern in einer Stärke von etwa 4000 Mann vertreten. Sie bekommen aber täglich neuen Zuwachs, da sich im Innern Deutschlands Werbeposten aufgetan haben, die alle ehemaligen Baltikamer

nach Pommern dirigieren. Auch vom Munsterlager aus wird Verstärkung nach Pommern geschickt. Die vorhandene Truppenmacht erscheint den Putschisten aber noch nicht stark genug zu sein, um den neuen Schlag sicher durchführen zu können. Es werden deshalb ganz offiziell Reuanforderungen für die Reichswehr vorgenommen. Marfusse und Plakate malen der Bevölkerung das drohende Geheiß des Bolschewismus an die Wand. Die Werbetrommel wird gerührt, um Soldaten für die Wiederherstellung der Monarchie zu gewinnen. So erschien im Stolper „Wochenblatt“ vor einigen Tagen das folgende Inserat:

Bismarck-Jäger!

Das Vaterland ist in Gefahr! Der Bolschewismus droht von innen und außen! Erneut geht daher der Ruf an Euch, dem Vaterlande mit der Waffe in der Hand zu dienen.

Offiziere, Oberjäger und Jäger des aktiven und Res.-Bataillons, stellt Euch als Zeitfreiwillige dem „Reichswehr-Jäger-Bataillon Fürst Bismarck“ in Neustettin zur Verfügung. Meldungen jederzeit in der Jägerkaserne.

Verdächtige und Selbstmörder sind die gleichen wie für die Reichswehr. Verpflichtung auf 14 Tage bis 4 Wochen.

Für das Res.-Bataillon: Für das aktive Bataillon: Scholz, Oberleutnant. Brede, Oberleutnant.

Das sieht genau so aus, als ob man in Pommern schon in den nächsten Tagen losbrechen wollte. Die Herren scheinen auch zu glauben, ihre Arbeit diesmal recht schnell erledigen zu können, denn die Reuanangeordneten sollen sich nur auf 14 Tage bis vier Wochen verpflichten. Daß diese Werbungen unter den Augen der Regierung vor sich gehen, ist ein ungehörter Skandal, denn die Reichswehr soll doch nicht neu aufgestellt, sondern herangezogen werden. Höchst bemerkenswert ist ferner das folgende Inserat, das wir in einer hinterpommerschen Zeitung fanden:

Freiwilliger Jägertrupp 2

Stellt sofort gebildete Unteroffiziere und Mannschaften ein. Mobilität, Bekleidung, Verpflegung und 14 Mark Zulage pro Tag.

Papiere sind mitzubringen. Reisekosten werden ersetzt. Meldung bei!

Hauptmann Boehm, Abteilungsstelle Jäger 2, Hammerstein.

Den Reuanangeordneten wird also außer Löhnung und Verpflegung 14 Mark Zulage pro Tag versprochen. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser horrenden Bezahlung die Freiwilligen in Scharen herbeiströmen. Vom Lande werden gerade dadurch jetzt, wo es gilt, die Felder zu bestellen, wertvolle Arbeitskräfte entzogen. Die Schäden, die daraus der Volksernährung erwachsen, liegen klar auf der Hand. Aber die pommerschen Agrarier und die Verschwörer und Hochverräter der Reichswehr kümmern sich darum nicht. Für sie handelt es sich darum, so schnell wie möglich die Scharte auszuweihen, die sie sich durch den Kapp-Putsch zugezogen haben. Sie kämpfen um ihr Dasein. Der am 13. März mißlungene Schlag soll diesmal besser und gründlicher geführt werden. Die neue Gegenrevolution wird nicht wieder in Berlin ihren Ursprung haben, sie wird vielmehr vom Lande ausgehen, und Pommern wird dabei an vorderster Stelle marschieren.

Die Regierung aber ist gewarnt. Sie hat Zeit, die Abwehr zu organisieren. Es muß aber schnell gehandelt werden, da jede Stunde kostbar ist. Für die offene Organisation der Gegenrevolution, für die tätige Mitwirkung der Armee, trägt niemand weiter die Verantwortung als das Reichswehrministerium. Dort sitzen ungestraft die Mittelsmänner der alten und der neuen Verschwörung. Hinweg mit ihnen!

warten. Da traf plötzlich in der Nacht die Meldung vom Anmarsch der Truppen in Berlin ein. Den ihr entgegen-eilenden Generalen Oden und Odershausen übermittelte der aus dem Schlaf aufgeweckte Kapitän Ehrhardt die ultimativen Forderungen der Soldaten: Um 7 Uhr morgens werde er die Antwort an der Siegessäule entgegennehmen. Ein längeres Warten sei nicht möglich, weil die Erhebung gleichzeitig an 30 verschiedenen Orten Deutschlands stattfände. — Ehrhardt sollte sich täuschen. —

Als die beiden Generale die Nachricht ins Reichswehrministerium überbrachten, ward Noskes Ansicht einer militärischen Gegenaktion nur von General Reinhardt und dem Bresselhof-Kaufher geteilt. General Seckt winkte als erster ab. Noske, von seiner verbrecherischen Vertanensseligkeit geheilt, schwankte zwischen den widerstreitendsten Empfindungen. Zum zweiten Male, sagte Noske, nach Kern, stürze die Marine Deutschland ins Unglück. Also sah er wohl die ganze Novemberrevolution als ein Unheil an!

Am liebsten, tief der starke Mann aus, wolle er den No-
bolver gegen sich kehren, so fühle er sich in seinem Vertrauen
betrogen. Er lehnte mit Gilsa und Reinhardt ab, zu ver-
handeln. Ebenso entschied das um 4 Uhr nachts zusamen-
gerufene Kabinett, beschloß aber, infolge der Unwahrschein-
lichkeit eines erfolgreichen sofortigen Widerstandes, Berlin
zu verlassen. Der Schießbefehl wurde zurückgezogen, und
beim Einmarsch der Rebellen rollten die Kraftwagen der
Regierungsmitglieder auf der Landstraße nach Dresden. In
dem durch die Flucht gewonnenen Weiterbestehen der Ebert-
Regierung sieht Kern einen Glückszustand, der größeres
Durcheinander verhinderte.

Dann bestätigt Kern die Behauptung, daß der Aufruf
der Regierung zum Generalstreik ohne Wissen und Willen
der Unterzeichner Ebert und Noske, vom Bresscher Rau-
scher herausgegeben wurde. Also selbst in diesem Augenblick
der höchsten Gefahr wogten sie nicht, an das Volk zu
appellieren.

Daß die Rappregierung auch nur auf Schwachen Füßen
stand, schloß Kern nach seinem Artikel schon an der mangel-
haften Regie der Nachrichtenübermittlung. Hauptmann
Babst soll die fertig vorbereitete Proklamation, welche sofort
nach dem Einmarsch an die Bevölkerung verteilt werden
sollte, zu befördern vergessen haben, weil er zuerst seine
Frau weibringen zu müssen glaubte. Das Programm, das
die demokratische Bürgerfront mit dem Militärputsch ver-
bunden sollte, unterblieb ebenso wie die Kabinettsbildung.
In lächerlicher Weise glaubten die Militärs von ihrem
Reinhardtshorizont ein arbeiterfreundliches Kabinett auf
breitester Grundlage mit Einfluß der Unabhängigen bilden
zu können. Diese vom Reinhardtshorizont betrachtete wunder-
schöne Idee war aussichtslos. Auch die namhaften Politiker
der Rechten wirkten deutlich ab. Am Sonntag begannen sich
die Lage zu entscheiden. Die Hoffnung der Burschenschaften
auf Einigkeit der Wehrmacht war falsch gewesen. Eine
Regierungsbildung war unmöglich. Am Sonntag vor-
mittags überbrachten die in Berlin verbliebenen Minister
Städelum und Dezer Kapf ein Ultimatum der Gewerkschaften
(oder der Eisenbahner). Der Lüttwitsch machte
daran: „mit Dezer und den Gewerkschaften würde über ihren
Eintritt in die Rappregierung verhandelt.“ Nachdem man
mit einigen unverantwortlichen Außenleitern der U. S. P.,
deren Ausschluss zu erwarten ist, verhandelt hatte, schickte
man daraus zur Belebung der Stimmung Verhandlungen
mit Dämmig. Die Rappregierung, die dem Generalstreik
hilfslos gegenüberstand, beschloß infolge ihrer Selbstinschätzung
über den Stand der militärischen Lage „durchzuhalten“. Dabei
kommt Kern auf die dunkle Rolle, die General
Dudenorff beim Rapp-Putsch spielte, zu sprechen. Von
Bauer war er gebeten worden, als Privatperson an der
Kabinettsbildung teilzunehmen. Indem er aus Vorbe-
haltung, gab er für den Augenblick den Desperados neue
Kraft. Hauptmann Karmann von der Nachrichtenstelle des
Reichswehrministeriums wollte zu Rapp, um ihn über die
Aussichtslage der hoffnungslosen militärischen Lage im
Reich aufzuklären. Aber Hauptmann Bock wählte es zu
verhindern. Am folgenden Montag gelang es Kapitän
Dummann Rapp das Material Karmanns zu übergeben. Da
ließ Rapp durch General Märker, der sich als Vermittler
betätigte, die sieben Bedingungen seines Rücktritts der Re-
gierung in Stuttgart übermitteln. Und noch am folgenden
Dienstag erklärte Babst, falls die Stuttgarter Regierung
die Bedingungen nicht restlos annehme, werde man auf eine
Diktatur Ludendorff-Dämmig aufzubrechen. Ja, man hatte
nach dieser Darstellung noch die Frechheit, den Genossen
Dämmig in die Reichskasse zu einer Besprechung einzuladen.
Aber er kam natürlich nicht.

Und nun macht Kern Ausführungen, die die verlogene
Haltung Ebert-Noskes brandmarken. Angeblich verhand-
elten sie nicht mit den Aufständern. Aber Kern weiß zu
berichten, daß sowohl General Märker wie auch der Stadt-
chef Noske, Major von Gilsa, mit der Rapp-Regie-
rung verhandelten. Er hätte Noske den Ge-
danken beigebracht, daß man Mindestforderungen auf-
stellen müsse, welche von Rapp anzunehmen seien, ohne
jede Gegenleistung der Regierung. Noske formulierte da-
rauf im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten folgende
Mindestforderungen: Rücktritt von Rapp und Lüttwitsch;
Erziehung des Letzteren durch einen regierungstreuen
General, etwa Seckl, Abstoppen der Aufstellung der Eie-
ren Division und von Offizierskompanien, sofortiger Ab-
transport der Marinebrigade unter anderen Führern
zwecks Entwaffnung und Entlassung. Außer General
Märker gab Major v. Gilsa auf Veranlassung Berzgers diese
Forderungen an den Hauptmann telephonisch Babst weiter,
der mit „Unannehmbar“ antwortete.

Zur gleichen Zeit bemühte sich der „demokratische“ Mi-
nister Schiffer, den Rebellen eine goldene Brücke zu
bauen. Nach den Behauptungen Kerns versprach er am
Dienstag nachmittags den Rebellen, sich persönlich und mit
seinem Portefeuille für Amnestierung einzusetzen.
Zudem fanden Verhandlungen zwischen Berliner Vertretern
der Arbeiterpartei und der deutschen Volkspartei statt,
wobei man die Geneigtheit zu baldigen Neuwahlen zum Aus-
druck brachte. Schon zweifelte der Lüttwitsch an der ferne-
ren Zuverlässigkeit eines Teiles der Truppen. Da verhalf
man den Rappisten noch zu einem Ausweg. Nach Kern
war eine Verschleierung des Zusammenbruchs der Rapp-
regierung mit Rücksicht auf die Truppen geboten. Aber nun
konnte Rapp am Mittwoch früh erklären, daß seine Mission
erfüllt wäre, da die alte Regierung von sich aus keine Forde-
rungen im wesentlichen auszuführen beabsichtige. Am
übrigen, schreibt Dr. Kern weiter, bildet für die enttäuschten
Truppen nicht dieses sie kaum beruhigende hin und her über
Hauptminister usw., sondern der Ruf: Einheitsfront gegen
den Bolschewismus! der goldenen Brücke zu neuer Pflicht-
erfüllung im Dienst der alten Regierung. Mit dem Ruf
„gegen die Schieber“ waren sie auf der Dübener Heer-
straße nach Berlin geführt worden. Recht traten sie in die
Welt dem Jahr 1919 ihnen so wohlbekannten Kämpfe gegen
Spartakus zurück. Und so kommt Kern zu dem Schluß, daß
man die Wehrtruppen besser behandeln möchte, daß sie
da sie seit in der Hand ihre Führer, einwandfreie Führer
haben müßten.

Obne es zu wollen, hat Professor Kern das Verhalten
der Ebert-Regierung aufs schärfste gebrandmarkt. Aus
seiner Mitleidenschaft geht hervor, daß die Behauptung der
Regierung, nicht mit den Rappisten verhandelt zu haben,
völlig unwahr ist. Im Gegenteil wurde von den
Rebellen in Fühlung mit der Regierung Ebert-
Noske das Schlagnort von der Einheitsfront gegen den
Bolschewismus gefunden, das den Weiterern die Straf-
losigkeit verschafft, der Arbeiterfront aber ein Blutmeer ge-

schüttet hat. Wenn die Darstellung Prof. Kerns den Tat-
sachen entspricht, so ist es vor allem dem Verhalten der
Regierung Ebert-Bauer-Noske anzuschreiben, daß die
fortwährenden Verhandlungen unverfehrt die Katastrophe über-
standen haben und neue verbrecherische Unternehmungen
gegen das Volk vorbereiten können.

Die Wahrheitsfäuder.

In ihrem Wablauf, dem die „rote Fahne“ ver-
öffentlicht, erklärt die kommunistische Partei Deutschlands,
sie wisse sich bei der Beteiligung an den Wahlen „frei von
jeder Eitelkeit und jedem Eigennutz“. Ihr Ziel sei, im
Proletariat das Bewußtsein seiner Lage zu erwecken und ihm
die Mittel zu seiner Rettung zu zeigen — die Wahr-
heit zu sagen, sonst weiter nichts.“

Wie sieht nun die „Wahrheit“ aus, die von der Kom-
munistischen Partei verkündet wird? Getreu der Rolle, die
sie seit ihrem Entstehen übernommen hat, sieht sie auch jetzt
ihre Hauptaufgabe darin, die Unabhängige So-
zialdemokratie zu bekämpfen und zu verunglimpfen.
Mit welchen Mitteln sie das tut, zeigt folgender Passus
ihres Wablaufes:

„Wir wissen, daß große Scharen der Arbeiterschaft zur Un-
abhängigen Partei abgewandert sind. Wir wissen, daß viele
große von diesen unsere Ziele kennen und billigen und mit uns in
unseren Anschauungen übereinstimmen und nur deswegen in der
U. S. P. verblieben sind, weil durch die Strenge des Belagerungs-
zustandes und durch die Härte unserer Verfolgung wir auf weit
über ein Jahr gezwungen waren, im Dunkel der Illegalität zu
arbeiten und uns ein freies Organisationsleben nicht möglich war.
Diesen, wie allen Anhängern der U. S. P. rufen wir die Gefahr in
Erinnerung, die das Verhalten dieser Partei für
die deutsche Revolution bedeutet. Wir erinnern daran,
daß sie es war, die den Anschluß Deutschlands an Ruß-
land verhinderte, die die ersten Verbündungen für die heute
so verworfenen Baltikumtruppen billigte, die die Ent-
waffnung des Proletariats mit in die Wege leitete
und es so zu seiner heutigen Schwäche verurteilte, die die deutsche
Joutrerevolutionäre Bureaokratie in ihren
Nemlern hielt, die sich den ersten großen Lohnbewegungen,
in denen das deutsche Proletariat seine Not klagte, entgegen-
setzte, die selbst jetzt wieder dem gewaltigen Streik
gegen die Rapp-Regie in den Rücken fiel, so früh,
daß es den Rapp-Lüttwitsch möglich blieb, alles zu retten und
morgen wiederzukommen. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß
die Unabhängige Partei es war, die bis jetzt verhindert hat,
daß die großen Scharen des deutschen Proletariats sich mit ihren
russischen Brüdern, den Helfen der Weltrevolution, in der
dritten Internationale gefunden haben, die die ge-
fährliche Illusion unterhält, als könnte das Proletariat im
Parlament den Sozialismus erobern, die die neue
Illusion hervorruft, daß es „Sozialismus“ sei, wenn eine Kom-
mission von Bureaukraten die „Sozialisierung“
dekretiert und die so die Kraft und den Willen des Pro-
letariats lähmt.“

Es war voranzuziehen, daß die kommunistische Partei,
nachdem sie dem Antiparlamentarismus zur Wahlbetei-
ligung abgeschworen, zur Welschmähung ihrer mißvergnüg-
ten Anhänger mit einer umfassenen Anklageliste gegen die
U. S. P. hervortreten würde. Dennoch überläßt die
Skrupellosigkeit, mit der die R. P. D. in ihrem
offiziellen Aufruf die Verleumdungen ihrer mehr oder min-
der unverantwortlichen Versammlungsbredner sich zu eigen
macht. Wir erklären demgegenüber mit der gebotenen
Schärfe:

Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, die U. S. P.
habe den Anschluß Deutschlands an Rußland verhindert.
Die unabhängigen Volksbeauftragten haben vielmehr
wiederholt die sofortige Wiederaufnahme der
Beziehungen mit Sowjetrußland verlangt, sie
konnten aber infolge des Widerstandes der Rechtssozialisten
mit ihrer Forderung nicht durchdringen.

Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, die U. S. P.
habe die Entwaffnung des Proletariats mit in die Wege
geleitet und die Verbündungen für die Baltikumtruppen ge-
billigt. Die unabhängigen Volksbeauftragten sind vielmehr
wegen des Vorgehens gegen die Volks-Marine-Division aus
der Regierung ausgetreten, und keine Partei hat vom ersten
Augenblick an einen so entschiedenen Kampf gegen das
Baltikumabenteuer und die Baltikumverbündungen geführt,
wie gerade die Unabhängige Sozialdemokratie. Noch am
Tage ihres Ausschidens aus der Regierung haben die
unabhängigen Volksbeauftragten in einer Kabinettsitzung,
in der die Rechtssozialisten fehlten, den Beschluß gefaßt, daß
alle deutschen Truppen restlos aus dem Osten zurückzu-
ziehen seien.

Es ist eine infame Lüge, wenn behauptet wird, die
U. S. P. sei den ersten großen Lohnbewegungen nach der
Revolution, und jetzt dem Generalstreik in den Rücken ge-
fallen. Unsere Partei war in den ersten Revolutionsmonaten
lediglich dagegen, daß die Revolution zu einer reinen Lohn-
bewegung gemacht und so ihres politischen Inhalts entleert
werde. Und sie ist nicht dem Generalstreik „in den Rücken
gefallen“, sondern hat, Hand in Hand mit allen proletari-
schen Organisationsformen, den unter den obwaltenden Verhält-
nissen größtmöglichen Nutzen aus der Bewegung heraus-
gehoben gesucht. Gerade die Kommunisten sollten sich hüten,
sich mit Bonapartisten gegen uns zu kommen, nachdem sie zu-
erst den Generalstreik bekämpft, dann sabotiert und erst als
er abgebrochen werden mußte, seine unbedingte Weiter-
führung aus agitatorischen Gründen verlangt hatten.

Es ist schließlich eine Fälschung der Tatsachen, wenn
aus der Stellung der U. S. P. in der Frage der Inter-
nationale der Schluß gezogen wird, unsere Partei habe die
Vereinigung des deutschen Proletariats mit den „russischen
Brüdern“ verhindert. Da die Haltung der U. S. P. in
der Frage des Wiederaufbaus einer aktionsfähigen Inter-
nationale in einer Reihe offizieller Kundgebungen unzwei-
deutig festgelegt ist, läßt diese Darstellung der R. P. D.
auf eine bewußte Täuschung und Verfälschung
der Arbeiterschaft hinaus.

Ebenso irreführend ist ihr Hinweis auf die Eroberung
des Sozialismus mit Hilfe des Parlaments. Unsere Partei
hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Ge-
danken der Verwirklichung des Sozialismus auf rein parla-
mentarischem Wege als eine gefährliche Illusion, als einen
Mißfall in den parlamentarischen Kreinismus betrachtet.
Es ist deshalb lächerlich, wenn die R. P. D., bei ihrem
Eingug in das Parlament offene Türen einzurennen sucht.

Und nicht minder lächerlich ist es, daß sie, die den „De-
freinismus“ ihre Moskauer Freunde anbetet, darüber
schönt, daß eine Kommission von Bureaukraten die Soziali-
sierung dekretieren könne.

Alles in allem bedeutet dieses Debüt der kommunisti-
schen „Wahrheits“-Künder einen moralischen Bank-
rott. Denselben Bankrott, der bereits zur Verpönte-
rung der kommunistischen Bewegung und zur völligen Ver-
derbensfähigkeit der einander bis aufs Messer feindseligen
kommunistischen Gruppen und Gruppchen geführt hat.

Das Zentrum in der Klemme.

Hochverräterisches Treiben saarländischer Zentrumsführer.

Saarbrücken, 18. April.

Wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, erregte hier in
eingeweiheten Kreisen heute die Veröffentlichung einiger Schrift-
stücke großes Aufsehen, welche von mehreren Vorstandsmit-
gliedern der Zentrumsparlei an der Saar im Juni
vorigen Jahres nach Paris gesandt wurden. In denselben
wurde die Versicherung absolut franzoisfreundlicher
Gesinnung abgelegt und darum gebeten, den Geh. Ru-
stizrat Dr. Ruzh als saarländisches Mitglied für die Re-
gierungskommission des Saargebietes zu ernennen.

Die hiesigen Zeitungen entnehmen diese Dokumente der
Nummer 14 der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Das 21.
Jahrhundert“. Die in Saarbrücken erscheinende „Sozial-
demokratische Volksstimme“ deutete diese Dokumente
mit der Einleitung ab: „Was Eingeweihten schon längst bekannt
war, sind wir heute in der Lage dokumentarisch zu belegen, daß
im Saargebiet nach dem Dortischen Ruffert von einer Reihe
einflußreicher Politiker und Persönlichkeiten der Zentrumsparlei
Hochverrat geübt wird.“

Die Zentrumsparlei wird jetzt sicherlich nicht un-
versucht lassen, um diese für sie heikle Angelegenheit zu ver-
schleiern. Sie wird aber nicht die Tatsache aus der Welt
schaffen können, daß führende Persönlichkeiten ihrer Partei
sich in der kritischen Zeit der Friedensverhandlungen den
Franzosen an den Hals warfen, um leitende Posten in der
Verwaltung des Saargebietes zu ergattern. So sehen die
Herrschaften aus, die nicht müde werden, in verleumderi-
scher Weise die Unabhängige Sozialdemokratie des „San-
desverrats“ zu bezichtigen.

Ausdehnung des Streiks in Oberschlesien.

Breslau, 18. April.

In der Streikangelegenheit ist heute die Entscheidung ge-
fallen. Die Streikleitung hat den Zementarbeitern ein Tele-
gramm gesandt, mit der Aufforderung auszuweichen. Mor-
gen werden die Gruben- und Hüttenarbeiter in den Streik treten.
Der Bund technisch-industrieller Beamten wird sich ebenfalls an-
schließen. Die kaufmännischen Angestellten werden morgen
betreten, ob sie in den Streik treten und werden dann wahrschein-
lich von Dienstag ab die Arbeit niederlegen. Die Fran-
zosen drohen den Eisenbahnern, falls sie den Eisenbahn-
betrieb stilllegen sollten, die Grenzen zu öffnen und die polni-
schen Truppen hereinzulassen. Es stehen tatsächlich
starke polnische Heeresmassen an der Grenze von Posen bis nach
Galizien. Die polnische Berufsvereingung, die den polnischen
Mittelstand vertritt und in der Korfanth Führer war, hat sich
von der polnischen Politik abgewandt und steht geschlossen hinter
den Deutschen. Das einschlossene Austreten der Arbeiter hat in-
sofern schon einen Erfolg gehabt, als der französische Komman-
dant die Offiziere, die sich an der Verhandlung beteiligt haben,
veranlaßt hat, sich zu entschuldigen. Es wurde den Mißhandelten
ein Schmerzensgeld von 1000 bzw. 3000 M. gewährt.

„Daily Chronicle“ für die Entwaffnung Deutschlands.

London, 18. April.

„Daily Chronicle“ sagt zu der Konferenz in San Remo: Da
wichtigste Frage ist jetzt die der Abrüstung Deutschlands. Durch
die Tatsache des neuen reaktionären Staatsstreiches ist sie nur
allzu sehr begründet. „Daily Chronicle“ ist überzeugt, daß die
sogenannten roten Truppen in Rußland keineswegs
Bolschewisten oder Spezialisten gewesen sind,
sondern nur Arbeiter, die sich gegen die Rapp-Bewegung zu-
sammengeschlossen haben. Ein Grund, Deutschland seine Waffen
zu lassen, bestehe nicht.

Wenn die große Stunde kommt!

Der Nationalverband der deutschen Offi-
ziere hielt am letzten Sonnabend mit dem Verband
national gefinnter Soldaten in der Charlotten-
burger Hochschule eine Bismarck- und Hohenzollernfeier ab.
Zwei eble Brüderschwestern hatten sich da zusammengefunden.
Der Nationalverband deutscher Offiziere hat durch eine eifrig
Propaganda den Rapp-Putsch vorbereiten helfen. In seinem
Bundesorgan wurde denn auch der Ansturz begeistert be-
grüßt. Das Unglück wollte es aber, daß die betreffende
Nummer infolge des Generalstreiks nicht gedruckt werden
konnte, und als dann die Rappbände davon gesagt war, zog
der Verfasser sein hochverräterisches Artikelchen geschwind aus
dem bereits unbrochenen Sach zurück, schrieb einen neuen Ar-
tikel und stellte sich darin wieder mit beiden Weinen sehr
auf den Boden des Bescheides.

Eine lächerliche Komödie! In ihrer eingangs erwähnten
Bismarck- und Hohenzollernversammlung haben die Herrschaften
ihre großen Ziele dann wieder recht deutlich ausgesprochen. Der
General der Infanterie von Dietrich-Darrach schloß zum
Beispiel seine Rede wie folgt:

Unsere Offiziere, die seit Jahrhunderten, die Bismarck
und Führer des deutschen Volkes waren, dürften diese hohe
Aufgabe auch jetzt nicht aus der Hand lassen. Wenn die große
Stunde kommt — und sie wird kommen — dann soll sie unter
dem schwarzen-weißen Hohenzollernbanner eine Schaar von
Männern finden, die fest entschlossen sind, für ein großes
Deutschland zu leben oder, wenn es sein muß, auch für Kaiser
und Reich zu sterben. (Eitelmischer Beifall.)

Die revolutionäre Arbeiterschaft wird dafür Sorge zu tragen
wissen, daß, wenn die „große Stunde“ der Hohenzollernoffiziere
gekommen ist, diesen eine Abschlus gutteil wird, die etwas gründ-
licher ausfällt, als diejenige, die ihnen im März 1920 zuteil
wurde.

Immer noch zweierlei Maß vor Gericht.

Am 16. April hat sich vor dem Landgericht I in Berlin ein Prozeß abgehandelt, der zeigt, daß die Angeklagten von den amtierenden Richtern immer noch mit zweierlei Maß gemessen werden, oder richtiger gesagt, mit mehrerlei Maß, genau wie zu der Zeit, als Wilhelm II. noch das Jopier Schwanz über die deutschen Untertanen. Es standen zwei Bringen vor Gericht, der eine von ihnen sogar ein ungemildertes Hohenzoller. Beide angeklagt wegen rowdmäßigen Benehmens gegenüber Ausländern in einem öffentlichen Lokal. Beide hatten geschimpft, der Hohenzoller hatte mit Leuchtern und Champagnergläsern geworfen, der Hohenzoller, auch feinsten deutscher Hochadel, hatte sogar einen wehrlos am Boden liegenden französischen Offizier mit seinem ausgezogenen Schwert das Gesicht zerkratzt.

Was die Handlung anbetrifft, herentwegen die beiden Angeklagten vorgeführt wurden, so wäre es verständlich gewesen, wenn deren ebenso feige wie brutale Ausschreitungen den Richtern nicht gerade zur Milderung seines Tones bebogen hätte. Aber sie waren Bringen, und so befehligte sich denn der Herr Landgerichtsdirektor Baumbach der untertänigsten Anrede: „Wollen Eure königliche Hoheit“, und „Wollen Eure Durchlaucht“, als fungierte er als diensttuender Kammerherr bei irgendeiner höfischen Festlichkeit.

Dieser Vorgang bringt mir ein interessantes Gegenstück in Erinnerung, das ich selbst am 11. Juni 1919 als politischer Angeklagter vor dem Schworenengericht erlebt habe. Im Verlauf des Verfahrens des Jungen Dr. Ernst Meyer kam es da zwischen dem vorsitzenden Richter, Landgerichtsdirektor Macco, und mir zu einer Auseinandersetzung im Anschluß an eine Bemerkung, die ich gegenüber dem Staatsanwalt Zumbroich gemacht hatte. Es heißt darüber in dem stenographischen Protokoll („Der Ledebour-Prozeß“, Seite 531):

Angeklagter Ledebour (zum Staatsanwalt Zumbroich): Was, lieber Herr Staatsanwalt, ist der springsche Punkt? **Vorsitzender**: Ich habe wiederholt gebeten, es in der Verhandlung zu unterlassen, einen Beamten in dieser Weise anzusprechen. **Angeklagter**, es geht in der Gerichtsverhandlung nicht an, daß Sie in dieser Weise auftreten. Sie müssen sich der Stellung des Gerichts bewußt bleiben.

Angeklagter Ledebour: Meine Stellung ist die eines Angeklagten, aber deswegen noch nicht die eines Menschen mindern Rechts. Was ein anderer sich in diesem Saal erlauben darf, erlaube ich mir auch. Ich lasse mich nicht in die Stellung eines Menschen mindern Rechts herabdrücken!

Vorsitzender: Davon ist aber auch gar nicht die Rede! **Angeklagter Ledebour**: Herr Vorsitzender, den Beamten nehmen Sie in Schutz. Aber mich, der ich doch auch gewöhnt bin als „Herr“ angesprochen zu werden, reden Sie immer nur als „Angeklagter“ an.

Vorsitzender: Diese Bemerkung muß ich als durchaus ungebührlich zurückweisen. Es ist alter Gerichtsgebrauch, daß der Angeklagte mit „Angeklagter“ angesprochen wird. Ich habe durchaus keine Beanstandung, Ihnen gegenüber von diesem alten Juristengebrauch abzuweichen. Es liegt darin nichts Despektierliches, was sich schon daraus ergibt, daß es ein ganz allgemeiner Gerichtsgebrauch ist.

Angeklagter Ledebour: Wenn es bisher Gebrauch war, so ist das ein Beweis, daß dieser Gebrauch dringender der Abschaffung bedarf. Wir sind in andere Verhältnisse gekommen. Ich werde künftig dafür sorgen, daß dieser Gebrauch abgeschafft wird. (Welterheit im Zuscherraum.)

Vorsitzender: Ich muß erlauben, das Reden im Zuscherraum zu unterlassen. Ich habe darauf schon wiederholt hingewiesen.

Angeklagter Ledebour: Ich möchte mir noch bemerken: was würde der Herr Vorsitzende sagen, wenn ich ihn „Vorsitzender“ anreden würde?

Vorsitzender: Angeklagter, ich bitte, diese Erörterungen jetzt zu verlassen.

Die unterschiedliche Behandlung der Angeklagten vom 11. Juni v. J. und vom 16. April d. J. ist sehr lehrreich. Dem revolutionären Sozialisten, dem ausschließlich politische Handlungen vorgeworfen werden, wird die Anrede „Herr“ verweigert, angeblich, weil die Anredeform „Angeklagter“ allgemeiner juristischer Brauch sei. Den Bringen, die wegen ausgeführter rohen Verbrechen vor Gericht stehen, wird trotz des „allgemeinen juristischen Brauchs“ die Anrede „königliche Hoheit“ und „Durchlaucht“ beigegeben.

Es genügt mir indes nicht, durch die Gegenüberstellung der beiden gegensätzlichen Anreden die richterliche Praxis an den Pranger zu schlagen. Ich halte es vielmehr für höchste Pflicht, gerade aus diesem Anlaß meiner Anklagegenossenschaft dafür zu sorgen, daß die deutschen Richter sich künftig eines Brauchs bei der Behandlung der Angeklagten befleißigen, der ihrer selbst und des gesamten deutschen Volkes besser würdig ist, als die Methoden, die einerseits der Herr Landgerichtsdirektor Macco mir gegenüber, und andererseits der Herr Landgerichtsdirektor Baumbach den beiden Bringen gegenüber befolgt hat.

Ich verlange, daß vor deutschen Gerichten alle Angeklagten wenigstens in der Form der Anrede gleich behandelt werden, und zwar in gleichmäßiger anständiger Form. Eine eingehendere Begründung für diese Forderung zu geben, habe ich hoffentlich nicht mehr nötig. Die beiden angeführten Beispiele sprechen für anständige Menschen eine durchaus überzeugende Sprache.

Ich richte also an den Herrn Reichsjustizminister und gleichzeitig auch an den preussischen Herrn Justizminister das dringende Ersuchen, mit möglichstster Beschleunigung Verordnungen ergehen zu lassen, durch welche die amtierenden Richter, Staatsanwälte und sonstige Justizbeamten angehalten werden, jeden Angeklagten, was seine Lebensstellung und wessen er auch beschuldigt sein mag, anzureden mit „Herr Angeklagter“, oder „Frau Angeklagte“.

Sollte meine Aufforderung an tauben Amtsohren abdrallen, dann richte ich an alle meine Mitbürger und Mitbürgerinnen, die auf die Anklagebank geraten, die Aufforderung, sich die nichtachtende Anrede „Angeklagter“ künftig nicht mehr billigtweigend gefallen zu lassen, und da-

gegen zu remonstrieren. Wie ich das schon habe. Steht ihnen doch jetzt als kräftige Unterstützung für ihre Forderung der Hinweis auf die bevorstehende Behandlung der beiden prinzipialen Angeklagten zu Gebote.

G. Ledebour.

Gegen den Krieg und die Reichswehr.

Tagung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer.

Der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“, der seine letzte tagung in der Nacht vom 14. auf den 15. April in den Kammerräumen eine gut besuchte Versammlung ab-

schloß, las Konrad Veidt das Manifest von Henri Barbusse vor, das einen sehr starken Eindruck hinterließ. Im Anschluß daran sprach Medaieur Karl Wetzer über die „Internationale der Soldaten“. In seiner eindringlichen Rede trat er unter großem Beifall für Pazifismus und Völkerverständigung ein, die beide den Kriegen schon in der Schule eingeimpft werden müßten; so wie jetzt die Kinder den „Schwarzen Mann“ fürchten, müßte in Zukunft für sie der Begriff „Krieg“ ein Wort des Schreckens sein. Ludendorff, Bülow und Bischoff haben sich mit dem Vorkrieg des Bürgerkrieges geschmiedet, weil ihnen der des Weltkrieges verhaftet war.

Ignaz Wrobel stellte dem alten, militärischen Geist den neuen gegenüber. Der Deutsche glaube noch viel zu sehr an die Gewalt und an die Rasse. Wir haben, rief Wrobel im Hinblick auf die letzten Prozesse aus, zu einem großen Teil der deutschen Wehrmacht in politischen Streifproben das Vertrauen verloren. (Stürmischer Beifall.) Der Redner polemisierte dann gegen den Kasernegeist und stellte den Ausschreitungen von links die Morde „auf dem Dienstwege“ gegenüber. Letztere seien keine Auswüchse eines Systems, sondern dessen Kennzeichen. Der gefangene französische Offizier stand dem deutschen Offizier näher, als der Mann seiner Truppe. Wrobel verlangte die völlige Abschaffung des Militärs. Alles, was heute dient, sei eckelwürdig. Die Offiziere seien politisch so dumm, daß man ihnen einen gewissen Putsch zutrauen könne. Der neue Geist könne nur durch Familienziehung heraufgeholt werden, weil die Schule verfauldet sei. Der Redner trat schließlich für völlige Einigung des Proletariats mit Einschluß des anständigen Teiles der Demokraten ein.

Hauptmann A. D. Meyer sprach zum Thema „Entmilitarisierung“. Er stellte in den Vordergrund seiner Betrachtungen, daß wir Heer, Sturmtruppen und Reichswehr, allerdings auch die rote Armee entbehren könnten. Notwendig sei lediglich eine zuverlässige, republikanische Polizeitruppe. Man müsse nicht die Systemträger, sondern das System selbst beseitigen. Die Auflösung der Reichswehr müsse auf friedlichem Wege erfolgen, es müsse für ausreichende Versorgung der zu Entlassenden gesorgt werden.

Medaieur Rabold sprach über den Dolchstoß der Kappisten. Er sagte, daß der Militarismus nach dem 9. November sich unter dem Schutz der Republik neu gesammelt habe, um ihr, fast genug geworden, den Todesstoß zu bereiten. Sein härtestes Agitationsmittel sei immer noch die Lüge. Das hätten der Kapp-Putsch und die Vorgänge im Ruhrgebiet recht deutlich bewiesen. In der bürgerlichen Presse würden die Nachrichten der militärischen Nachrichten ungeprüft aufgenommen. Das führe zur Vergiftung des gesamten politischen Lebens. Die Reichswehr habe im Ruhrgebiet Schutzschleichen und Schandtatzen verübt, aber die in der Presse nicht berichtet würde. Für diese Untaten seien aber nicht die einzelnen Soldaten, sondern die Führer verantwortlich zu machen. Die Gefahr eines neuen Putschs bestehe nach wie vor. Mit Pazifismus komme man der Reaktion aber allein nicht bei. Sie müsse gegebenenfalls mit den gleichen Waffen erschlagen werden, mit denen sie uns zu erdrücken drohe.

Medaieur Zidler erzahlte über seine Reise im Ruhrgebiet. Er betritt das Vorhandensein einer roten Armee, (was ebenfalls für die Beseitigung der Reichswehr ein und sprach von dem Kapp-Putsch als von einer Lohnbewegung der Lichterfelder Rabetten unter Führung von Erich Ludendorff. Der militärische Gedanke dürfe nicht in der Arbeiterbewegung Platz greifen. Man solle in das bergische Land Licht, Hoffen und eine ungeliebte Amnestie schicken. Dann sei die Ruhe hergestellt.

In vorgelegter Stunde sprach Medaieur Heppenhelm über die Frage, ob die Kriegsteilnehmer bei den Wahlen keine der beiden wachsenden Parteien eine Stimme gebe. Die Wahlparole müsse lauten: Gegen den Krieg, für den Weltfrieden! Schließlich wurde unter großer Begeisterung beschlossen, an die französischen Genossenschaftler zu Händen Henri Barbusse ein Sympathietelegramm zu richten.

Hölz verhaftet.

Vom Wehrkommando 4 wird gemeldet: Nach übereinstimmenden Mitteilungen der tschechischen Grenzkommandos in Gredlitz und Weitenbach, sowie der Militärpolizei in Eger ist Hölz am 17. dieses Monats in Marienbad verhaftet und in das Kreisgefängnis Eger eingeliefert worden.

Zu der Verhaftung von Hölz wird der Vollzugsinspektion in Eger noch mitgeteilt: Hölz verweigert jede Auskunft über seine Person. Er erklärte, erst vor dem Gerichtshof in Prag Rede stehen zu wollen.

Säuberung der Sicherheitspolizei.

Die Charlottenburger Sicherheitspolizei bekam nach dem Abgang des derzeitigen Hauptmanns Kessel einen neuen Abteilungsleiter — den Hauptmann von Below. Dieser stand freu auf dem Boden der Republik und hatte sich in ganz kurzer Zeit das Vertrauen der Mannschaften erworben. Er hatte aber von Anfang an noch einen sehr schweren Stand, da die reaktionären Offiziere mit allen Mitteln gegen ihn arbeiteten. Diese Herren hatten sich fast alle am 13. März der Kappregierung zur Verfügung gestellt, einige von ihnen waren sogar den Döberitzer Reutereien entgegengeworfen und hatten sie stürmisch begrüßt. Diese Leute sollten nun auf Wunsch der Mannschaften entfernt werden. Hauptmann von Below setzte sich deshalb mit den Mannschaften in Verbindung, um das belastende Material zu sammeln und es an geeigneter Stelle darzulegen. Was geschah? Hauptmann von Below wurde auf Betreiben des Gruppenkommandeurs Oberst Herz, jenes Kappisten von der Polizeidivision Weidling, am Sonnabend auf Anruf und Fall entlassen. Gründe: Er untergräbt durch sein Verhalten das Ansehen der Führer, schädigt damit die Disziplin der Truppe und ist deshalb als Abteilungsleiter ungeeignet!

Die Mannschaften sind über diesen unterhörligen Fall außerordentlich erregt. Sieben Hundertschaften haben für Hauptmann v. Below sofort ein einstimmiges Vertrauensvotum gefaßt, dieses Herrn Major Koppisch überreicht und die Wiedereinstellung ihres bisherigen Führers gefordert. Wir wollen uns über den Fall vorläufig nicht weiter äußern, vielmehr erst abwarten, ob Herr v. Below wieder eingestellt wird. Das eine sei aber für heute schon gesagt: Die Regierung hat bis zum

13. März ausschließlich den Worten der Offiziere Glauben geschenkt und ist dann schmächtig dabei hereingefallen. Hätte sie auch jetzt wieder auf diesem Wege fort, weiß sie die Wünsche der Mannschaften zurück und bleibt sie das Werkzeug der Offiziere; dann darf sie sich nicht wundern, wenn auch die Mannschaften sich den Führern wieder unterwerfen und bei dem kommenden Putsch sich für die Regierung, die das Vertrauen der Mannschaften schände mißbraucht, nicht ins Zeug legen.

Gewerkschaftliches.

Reichstagsabschlüsse im Buchbindergewerbe.

In 14tägigen Verhandlungen haben die Vertreter des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter in Eisenach und Weimar zwei Reichstagsabschlüsse mit den Vertretern von acht Arbeitgeberorganisationen zum Abschluß gebracht. Für die Einzel- und Kartonnagenbranche wurde ein einseitiger Reichstagsabschluß abgeschlossen, der in seinem materielle Teil sechs Durchschüsse vorliegt. Wie ab 1. April zahlbaren Stundenlöhne betragen sich für Buchbinder in der höchsten Ortsklasse zwischen 3,65 M. im ersten Jahre der Ausbildung und 4,85 M. nach dem fünften Jahre der Ausbildung. Für Berlin gelten besondere Bestimmungen. Die im Vertrag besonders benannten Spezialarbeiter erhalten pro Stunde 25 Pf. mehr. Die Löhne der Hilfsarbeiter schwanken zwischen 1,20 M. pro Stunde im 15. Lebensjahr und 3,30 M. bei über 21 Jahre alten und drei Jahre im Beruf stehenden. Für Buchbinderinnen unter 18 Jahren ist ein halbjährig steigender Lohn von 1,10 M. bis 1,40 M. vorgesehen, für Buchbinderinnen über 16 Jahre alt ein Lohn von 2,05 M. steigend bis 2,45 M. im fünften Berufsjahr. Spezialarbeiterinnen, die als solche besonders benannt sind, erhalten 15 Pf. pro Stunde mehr. Die Löhne der Hilfsarbeiterinnen schwanken zwischen 1,15 M. im Alter von 14 Jahren bis 2,30 M. für über 22 Jahre alte und 3 Jahre im Beruf stehende. Ab 14. Mai tritt auf die Löhne der Hilfsarbeiter ein Aufschlag von 35 Pf. pro Stunde, auf die der Hilfsarbeiterinnen ein solcher von 15 resp. 20 Pf., auf die der Buchbinderinnen von 10 und 15 Pf. und auf die der Hilfsarbeiterinnen von 10 Pf. ein.

Für die Arbeiterschaft in Buchbindereien, Geschäftsbuch- und Briefumschlagfabriken und Buchbinderei-Abteilungen von Buchdruckereien wurde ebenfalls ein Reichstagsabschluß abgeschlossen, der in der höchsten der vorgelegenen 6 Ortsklassen für Arbeiterlöhne nach der Staffelung des bisherigen Tarifs von 3,20 M. bis 4,65 M. nach dem vierten Jahre nach der Ausbildung vorliegt. Spezialarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde. An Arbeiterinnen soll gezahlt werden: für geübte 2,35 bis 2,60 M. pro Stunde, Spezialarbeiterinnen erhalten 10 Pf. mehr. Diese Vereinbarung gilt bis Mitte Mai, da am 10. Mai gemeinsam mit dem Druckgewerbe über weitere Lohnhöhungen verhandelt werden soll. Führen diese zu keinem Resultat, dann gilt das Abkommen bis Ende Mai. Auf die Grundlöhne des Tarifabschlusses erfolgt ein Aufschlag von 35 Prozent.

Für das Mitbestimmungsrecht und den 6-Uhr-Tagenlohn.

Zu einer maßvollen Kundgebung für das Mitbestimmungsrecht und den 6-Uhr-Tagenlohn schickte sich eine große Versammlung der Angestellten im Einzelhandel, die am Sonntag in der Brauerei Königsplatz stattfand.

Gewisse Dabich gab den Bericht über die Generalausrede mit den Unternehmern, in der sich wesentliche Differenzen ergaben in der Frage der gleichen Bezahlung für gleiche Leistung bei Mann und Frau, über die Regelung der Arbeitszeit in Verbindung mit dem 6-Uhr-Tagenlohn und in der Frage des Mitbestimmungsrechtes der Angestellten. Der Redner gab dann die Gehaltsliste für die Jugendlichen bekannt, die von den Angestelltenvertretern mit der Maßgabe akzeptiert worden waren, daß Angestellte im 20. Lebensjahre 660 bzw. 600 M. erhalten sollen. Tropdem Einigkeit seitens der Angestellten in dieser Frage bestand, fand es der Vertreter des „Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes“ für richtig, den Arbeitgebern durch ein neues Angebot entgegenzukommen und ihnen vorzuschlagen, es mit dem G. L. A. weiter zu verhandeln. Die Einzelhandels-Gewerkschaft der Unternehmer erklärte, daß sie auch wie bisher auf dem Standpunkt stehe, mit allen zu verhandeln, sie würde sich aber doch in die Lage versetzen, weiter zu verhandeln, auch wenn einzelne Arbeitnehmerorganisationen ausfallen würden. Diesen Standpunkt unterstrich der Vertreter des Zentralverbandes besonders unter Hinweis auf eine Situation, die sich im Kampfe ergeben könnte. In Bezug auf den 6-Uhr-Tagenlohn und das Mitbestimmungsrecht würden die Angestellten unbedingt an ihren Forderungen festhalten, in der Frage der Gehaltsregelung sei zu erwarten, daß die Forderungen im wesentlichen erfüllt werden.

Das Gehaltsangebot der Unternehmer wird als unannehmlich abgelehnt. Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Entschiedenheit in geeigneter Weise für ihre Forderungen einzutreten und harten des Rufes der Organisation.

Die Lage im Wirtschaftstreit.

Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Gewerkschaften, die getrennt im Esplanade-Hotel stattfanden, sind nach wiederholigen Bemühungen abgebrochen worden, ohne daß eine Einigung zustande gekommen ist. Die Arbeitgeber versprechen, den Lohnaufschlag baldigt zu unterzeichnen. Sie boten aber als Zeuerungsgrundlage nur geschaffte Sätze von M. 15.—, 20.—, 25.— und 30.— für Bier-, Saal- und Gartengeschäfte und Hotels bis zu fünfzig Zimmern und Sätze von M. 20.—, 30.—, 40.— und 50.— für alle anderen Betriebe an. Während die Arbeitnehmer verlangen, daß in allen Betrieben die Zeuerungszulagen von M. 25.—, 25.— und 45.—, welche die Kaffeekausbesitzer bereits am Donnerstag angenommen haben, geteilt werden müßten.

Die Forderung einer Bestkaffungsabteilung, die sich nach der Leistungsabgabe der einzelnen Betriebe richten sollte, lehnten die Arbeitgeber-Organisationen rundweg ab. Ebenso alle Vorläufer der Betriebsräte, die über die Bestimmungen des Gesetzes hinausgehen. Rummel sollen beiderseits Beiliederver-sammlungen stattfinden und zur Sachlage Stellung nehmen. Der Streit geht inoffen fort. Jedoch hat sich die Anzahl der Betriebe, welche die Forderungen bewilligt haben, so stark vermehrt, daß sich eine allzu starke Belastung des Publikums vermeiden läßt.

Streit in der Landschaftsgärtnerei.

Der Streit ist nunmehr zur Tatsache geworden. In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, die am Sonnabend stattfanden, kam es zu keiner Einigung. Es mußte ein Schiedsgericht gefaßt werden, der als Schlichter 2,30 M. brachte, ab 15. Mai 50 Pf. Zuschlag. Wenn dieser Zuschlag nicht alles bringt, was die Arbeiter erhalten, so nahen demnach die geltend nach für alle am Freitag besuchte Versammlung der Landschaftsgärtnerei diesen Schiedsgericht an, um von neuem die Hand zur Einigung zu bieten. Aber die Arbeitgebervertreter erklärten, es besteht keine Aussicht, daß ihre Behauptungen sich

dem Spruch folgen wird. Die Versammlung stellte fest, daß ein weiteres Entgegenkommen bei den heutigen Verzweigungen unmöglich sei, da ein weiteres Entgegenkommen der Arbeitgeber nicht zu erhoffen ist, sondern daß letztere es um Pienitz auf einen Kampf ankommen lassen wollen. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Streik beschlossen. ...

Doch gar nichts. Sie kann höchstens in Personal- oder Strafen nachsehen und feststellen, ob und wann sich jemand strafbar gemacht hat. Es gibt aber Polizeibeamte, die sich bei solchen Gelegenheiten es nicht nehmen können, den Jenen zu spielen und sich in Dinge zu mischen, die sie nicht das mindeste angehen. ...

weiterhin ausgegeben werden sollen. Dann müssen aber Arbeiter sie auch erhalten. So wie die Sache aber jetzt gehandhabt wird, ist der Druck der Polizei nur Geldverschwendung und die Polizei wurde die Straßenbahn nicht von der Stadt übernommen.

Die Lohnempfänger bei den Reichs-, Staats- und Seeverwaltungsbüros waren vom Deutschen Transportarbeiterverband zu Sonntag nach dem Gewerkschaftshaus geladen, um über die Sache zu beraten. ...

Der amtierende Beamte war zunächst sehr entgegenkommend. Als er aber aus den Akten erfuhr, daß das Mädchen aus der Straße ausgeschieden war, fuhr er es an mit den Worten: Was? Sie sind aus der Kirche ausgeschieden? ...

Im Dienste tödlich verunglückt ist der 57 Jahre alte Weichensteller Wilhelm Dorn aus der Bendorferstraße 1 zu Neukölln. Der Mann war auf dem Neufährer Güterbahnhof mit dem Schmierer der Weichen beschäftigt. ...

Groß-Berlin.
Führungsstatist und Religion.
Wer sich bei einem staatlichen Institut um eine Anstellung bewirbt, wird zur Einreichung eines polizeilichen Führungsattestés aufgefordert. ...

Arbeiterwochenarten.
Die Große Berliner kennt die Not der Arbeiter, sie weiß auch, daß die jetzigen Höherpreise das künftige Budget der Arbeiter schwer belasten. ...

Aus den Organisations.
17. Bezirk. Montag, 19. April, abends 7 Uhr, im Lokal der Werpener Straße 47 Sitzung der Agitationskommissionen.

Lebensmittellieferer.
Richterhauhausen, 10 Gr. Butter, 100 Gr. Margarine, für April bis 2 Jahre (12) 1/2 Pf. Gerstenmehl und 2 Pakete Zwieback. ...

Bereinstellender.
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker, Montag, 19. April, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Sophien-Pavillon. ...

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Neues Volkstheater
Staatstheater
Deutsches Theater
Kammerspiele
Königgrätzer Straße
Komödienhaus
Berliner Theater
Lesing-Theater

Casino-Theater
Ein alter Sünder
Theater am Kolonnenpark
Elite-Sänger
Apollo-Theater
Circus Busch
Rach Kaffee
Grammophonplatten
p. No. 19 M.
Sprechmaschinen
Myrrha
Residenz-Theater
Die Raschhoffs
Neues Operettenhaus
Die kleine Hohheit
Rose-Theater
Wahns Theater

Jugendabteilung der Metallarbeiter
Brandenverjammlung
FAHRRÄDER
Zeitungspapier Kilo 1,80
Produktenhandlung
Tägliche frische Seefische und Räucherwaren
MöBEL gegen Bar und Teilzahlung
Spezial-Behandlung

Bilanz der „Gemeinnützigen Bau- u. Betriebs-gesellschaft für Groß-Berlin“
pro 31. Dezember 1919.

Aktiva	M	pl	Passiva	M	pl
Kassa-Konto	48.724,01		Geschäfts-Guthaben-Konto	34.519,16	
Inventar-Konto	46.989,65		Anleihe-Konto	50.205,23	
Bau-Konto	26.827,46		Gesetzl. Reservefonds-Konto	6.203,--	
Postcheck-Konto	365,50		Kendens-Konto	199.527,51	
Kontos-Konto	205,--		Lieferanten-Konto	45.294,19	
Arbeitsstellen-Konten-Konto	27.149,63		Unserantgenommene-Konto	203,50	
Lager-Konto	15.188,07		Sitzungslokale-Ko. Reinigungsverg.	21,19	
In der Herstellung befindliche Werte (Bau-Konto)	390.970,70		Wagnis u. Variations-Konten	49.967,--	
Dar- u. Materialien (Bau-Konto)	8.725,57			408.045,69	
	405.045,69				

Debit	M	pl	Credit	M	pl
Gesetzliches Reservefonds-Ko.	5.100,--		Bau-Konto	24.000,61	
Zinsen-Konto	931,66		Bauunterver-sorgungs-Konto	110.796,17	
Geschäftskonten-Konto	91.825,92			143.946,78	
Raingebühren	43,92				
	143.946,78				

Mitglieder-Bewegung.
Stand am 30. Juni 1919: 301
Neu eingetretene Mitglieder bis zum 31. Dezember 1919: 1688
Ausgetretene Mitglieder mit dem 31. Dezember 1919: 1289
Stand am 1. Januar 1920: 1277

Kupfer Messing Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold, Silber, Abfälle
Zahngelisse
kauft zu riesig hohen Preisen
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
2. Fennstraße 48
3. Busselstr. 29
4. Bahnhofstr. 2
5. Neukölln
6. Weidenweg 72

Für Schwerhörige
Schnellaufbohrer
Kupfer Messing Blei
Zink
Rotguß
C. Schroeder
Linienstraße 216

Myrrha
Residenz-Theater
Die Raschhoffs
Neues Operettenhaus
Die kleine Hohheit
Rose-Theater
Wahns Theater

Rach Kaffee
Grammophonplatten
MöBEL
Spezial-Behandlung
Spezialarzt
Ausgekämmtes Haar

FAHRRÄDER
Zeitungspapier Kilo 1,80
Produktenhandlung
Tägliche frische Seefische
Räucherwaren
MöBEL
Spezial-Behandlung
Spezialarzt
C. Weissert

Hals- und Lungenleiden
Rotolin-Pillen
Grammophonplatten
Ringewald
Metallankaufsstelle Osten
Spezial-Arzt

Kupfer Messing Blei Zink
Elektromotore
Schnellaufbohrer
Kupferleitungen
Kupfer Messing Rotguß Blei Zink
Kupferleitungen
Messing